



HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2012

Dem
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
überwiesen

Dringlicher Berichts Antrag der Abg. Karin Müller (Kassel) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend Beteiligungen des Landes an defizitären Flughäfen und mögliche Konsequenzen

Das Land ist mit 17,5 v.H. am Flughafen Frankfurt-Hahn beteiligt und mit 68 v.H. am Luftlandeplatz Kassel-Calden, der zurzeit zum Flughafen ausgebaut werden soll. Die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse sind bei beiden Flugplätzen derzeit negativ und realistische Prognosen sind ebenfalls alles andere als optimistisch.

So hat Staatsminister a.D. Jochen Riebel als eines der beiden hessischen Mitglieder im Aufsichtsrat der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH sich kürzlich presseöffentlich zur Problematik des schwindenden Eigenkapitals der Flughafengesellschaft zu Wort gemeldet und festgestellt, dass die Übernahme der Mehrheitsanteile durch das Land Rheinland-Pfalz ein schwerer Fehler war.

Soweit berichtet wurde, hatte Fraport seine Anteile seinerzeit vor allem deshalb abgegeben, weil auf absehbare Zeit nicht mit positiven Geschäftsergebnissen zu rechnen sei, und das obwohl auf dem Hahn in den letzten Jahren jeweils rund 3 Mio. Passagiere und mehr als 30.000 Flugbewegungen abgefertigt wurden.

Demgegenüber liegen für den geplanten Flughafen Kassel-Calden derzeit Nachfragen für Flüge in kaum messbarer Menge vor, sodass Verkehrszahlen wie auf dem Hahn in Caldén absehbar unerreichbar sind. Ein positives Betriebsergebnis ist demzufolge ebenfalls Utopie.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie gedenkt die Landesregierung mit der Situation der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH umzugehen, um zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu gelangen?
2. Welche Summen hat das Land bislang für Investitionen und zur Abdeckung von Betriebsverlusten der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH zur Verfügung gestellt?
3. Welche Optionen sieht die Landesregierung, den Wert der hessischen Anteile am Flughafen Frankfurt-Hahn zu erhalten?
4. Um welche Summe muss nach Ansicht der Landesregierung in Frankfurt-Hahn das Eigenkapital erhöht werden, um eine Insolvenz abzuwenden?
5. Wie beurteilt die Landesregierung diese Situation unter dem Blickwinkel des Beihilferechts der EU?
6. In welcher Höhe ist ggf. mit Strafzahlungen an die EU zu rechnen, falls weitere öffentliche Mittel in Frankfurt-Hahn investiert werden?

7. Wie unterscheidet sich die Situation auf dem Hahn nach Auffassung der Landesregierung von der in Kassel-Calden?
8. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung die Bewertung von Staatsminister a.D. Jochen Riebel zu Frankfurt-Hahn nicht auch auf Kassel-Calden für anwendbar?
9. Welche Fakten begründen eine optimistische Beurteilung der Landesregierung bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung des zukünftigen Flughafens Kassel-Calden?
10. Welche Zusicherungen wurden von der Landesregierung gegenüber der EU-Kommission abgegeben, ob und wann ein positives Betriebsergebnis und somit auch eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals zu verzeichnen sein wird?
11. Welche Konsequenzen hat die von Staatsminister a.D. Riebel beschriebene Entwicklung in Frankfurt-Hahn für das weitere Vorgehen der Landesregierung bezogen auf Kassel-Calden?
12. Teilt die Landesregierung die Einschätzung von Herrn Staatsminister a.D. Riebel, dass sich kein privater Investor für Frankfurt-Hahn finden lassen wird?
13. Warum hält die Landesregierung diese Einschätzung von Herrn Staatsminister a.D. Riebel in Bezug auf Kassel-Calden für unzutreffend?
14. Wer von den Anteilseignern übernimmt in welchem Anteil die zukünftigen jährlichen Defizite, die aus dem laufenden Betrieb in Kassel-Calden entstehen werden?
15. Aus welchen Mitteln und bis zu welcher Summe wird die Landesregierung die Defizite decken, die am zukünftigen Flughafen Kassel-Calden im laufenden Betrieb entstehen?
16. Wie wird absehbar die EU-Kommission sich dazu stellen?
17. Wann ist auch für Kassel-Calden mit einer Debatte über die bevorstehende Insolvenz zu rechnen?

Wiesbaden, 4. September 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Karin Müller (Kassel)
Frank-Peter Kaufmann